

# Wilsdruffer Tageblatt

## Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Gescheint seit dem Jahre 1841.

### Amts-Blatt



Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff  
rentamt zu Tharandt.

Postcheck-Konto: Leipzig Nr. 28614

Das "Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, abends 6 Uhr für den polaren Zeitraum bis Schlechtheit von der Druckerei wöchentlich 10 Pf., monatlich 100 Pf., vierwöchentlich 200 Pf., durch unsere Wilsdruffer zugemessen monatlich 100 Pf., vierwöchentlich 200 Pf., bei den bestellten Postanstalten zweitständig 200 Pf., ohne Zustellungsgeschäft. Als Poststellen, Postkarten sowie andere Wilsdruffer und Gemarkungen müssen überall Poststellen eingezogen. Das Jahr kostet Einschall — Krieg oder Frieden — 10 Pf., während die Kosten der Zeitungen, die Lieferanten oder die Lieferungsstrecken — das ist die Bezeichnung für die Lieferung auf Lieferung oder Rücksichtnahme der Zeitung oder auf Rücksichtnahme des Bezugskreises. Jeder hat das Recht, in den abgenommenen Zeitungen keine Wörter zu setzen, falls die Zeitung verhindert, in Verhandlungen einzutreten oder nicht erlaubt, eine Veröffentlichung der Nummer 10 Pf. / Zustellungskosten sind nicht erlaubt zu übernehmen, sondern nur im Betrag, die Schriftleitung oder die Geschäftsführer, Abonnenten stellen übernehmen. Berliner Zeitung: Berlin 6000.

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das  
Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. sowie für das Forst-

Sonnabend den 26. Juni 1920

79. Jahrg.

Nr. 144

Postcheck-Konto: Leipzig Nr. 28614

### Amtlicher Teil.

#### Bekanntmachung über Erleichterungen bei der unmittelbaren Einzahlung der von Arbeitgebern für die Einkommenssteuer vom Gehalt oder Lohn einbehalteten Beträge.

I.

Nach Punkt 2 des Merkblattes über die unmittelbare Einzahlung der vom Gehalt oder Lohn einbehalteten Beträge vom 7. Juni 1920, das von den Finanzämtern (Bezirksteuereinnahme) und den Stadt-(Orts-)Steuereinnahmen unentbehrlich abgegeben wird, haben die Behörden und sonstigen Arbeitgeber bei der Einzahlung der einbehaltenden Beträge der zuständigen Stadt-(Orts-)Steuereinnahme Einzelnachweiszettelungen für jeden Arbeitnehmer und eine Gesamtnachweisung (in 2-facher Ausfertigung) einzurichten.

Es wird den Behörden und sonstigen Arbeitgebern nachgelassen, von der Aussöhnung der Spalten 2 und 3 der Gesamtnachweisung (vergl. Muster 2 des Merkblattes) abzusehen, so daß die Gesamtnachweisung nur die laufenden Nummern der Einzelnachweiszettelungen in Spalte 1 und die einbehaltenden Beträge in Spalte 4 zu enthalten braucht. Den Angaben über den Namen, Vornamen, Stand, Wohnort, Straße und Hausnummer des Arbeitnehmers in den Einzelnachweiszettelungen ist besondere Sorgfalt zu gewidmen.

II.

Punkt 1 Absatz 1 des Merkblattes wird auf Grund der vom Reichsminister der Finanzen am 18. Juni 1920 erlassenen ergänzenden Bestimmungen über die Zuständigkeit bei der unmittelbaren Überweisung wie folgt ergänzt:

Beschäftigt der Arbeitgeber oder die Behörde mehr als 100 Arbeitnehmer, die in verschiedenen Gemeinden wohnen, so ist der Arbeitgeber berechtigt, die gesamten einbehaltenden Beträge nur an eine und zwar an die für seine Betriebsstätte oder in Ermangelung einer solchen an die für ihn sonst zuständige Stadt- oder Ortssteuereinnahme abzuführen.

Die Arbeitnehmer sind nach Wohnorten zusammenzufassen und die Einzelnachweiszettelungen nach den Wohnorten der Arbeitnehmer geordnet einzurichten. Die Gesamtnachweiszettelungen sind nach den Wohnorten der Arbeitnehmer getrennt anzustellen und soweit sie sich auf Arbeitnehmer beziehen, die ihren Wohnort außerhalb derjenigen Gemeinde haben, an deren Steuereinnahme der Arbeitgeber die einbehaltenden Beträge abliefern, in drei facher Ausfertigung einzurichten. Die Einzel- wie die Gesamt-

nachweiszettelungen sind bei der Überweisung der Beträge der nach Absatz 2 zuständigen Stadt-(Orts-)Steuereinnahme einzureichen.

Es ist also beispielweise einer Aktiengesellschaft in Meißen mit über 100 Angestellten und Arbeitern, die in Meißen, Fischerstraße, Niedermesa und Hintermauer wohnen, nachgelassen, die gesamten einbehaltenden Beträge an die Stadtsteuereinnahme in Meißen unter Einreichung der Einzel- und der Gesamtnachweiszettelungen zu überweisen. Die Einzelnachweiszettelungen sind nach den Orten (Meißen, Fischerstraße, Niedermesa und Hintermauer) geordnet und die entsprechenden Gesamtnachweiszettelungen, soweit sie sich auf die in Fischerstraße, Niedermesa und Hintermauer wohnenden Arbeitnehmer beziehen, in drei facher Ausfertigung einzurichten.

Die Stadt-(Orts-)Steuereinnahme hat die Einzelnachweiszettelungen mit der entsprechenden Gesamtnachweiszettelung an die für die Arbeitnehmer zuständige Stadt-(Orts-)Steuereinnahme weiter zu leiten.

Meißen, am 24. Juni 1920.

Das Finanzamt (Bezirksteuereinnahme).

### Fleischversorgung.

Im Kommunalverband Meißen-Land einschl. der rev. Städte Nossen, Dommitzsch und Wilsdruff wird in der Woche vom 21. bis 27. Juni auf Bezugsschein gegen Abgabe der Reichsfleischmarken U Fleischsteck verteilt.

Es erhalten:

- a) Personen über 8 Jahre: 200 g Fleischsteck oder, soweit vorhanden, 160 g Hackfleisch oder 200 g Wurst,
- b) Kinder unter 8 Jahren: 100 g Fleischsteck oder, soweit vorhanden, 80 g Hackfleisch oder 100 g Wurst.

Meißen, am 22. Juni 1920.

Nr. 380 III L.

Kommunalverband Meißen-Land.

Bei uns sind eingepackt vom Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Sachsen das 5., 6. und 8. Stück vom Jahre 1920, vom Reichsgesetzblatt Nr. 61 bis 111 vom Jahre 1920.

Diese Eingänge, deren Inhalt aus dem Anschlag in der Haushalt des Verwaltungsbüros ersichtlich ist, liegen 14 Tage lang in der hiesigen Ratsschulze zu jedermanns Einsicht aus.

Wilsdruff, am 25. Juni 1920.

Der Stadtrat.

### Das Kabinett Fehrenbach-Heinze.

#### Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Der Abgeordnete Erzberger hat sich entschlossen, während der Sommertagung den Verhandlungen des Reichstages fernzubleiben.

\* Zum französischen Botschafter in Berlin wurde Charles Laurent zum neuen Botschafter Lord Abernon ernannt.

\* Infolge der Unruhen in Ulan ist über die Stadt der Belagerungsstand verhängt worden.

\* Nach den neuesten Meldungen aus Moskau beabsichtigt Lenin die Bildung einer Koalitionsregierung.

#### Die letzte Zeile.

Über die Schlusserklärung der Regierungsbildung schreibt:

Walter Berliner CB-Mitarbeiter am 24. Juni:

Es scheint wirklich schwerer zu sein, eine neue Regierung zu bilden, als einen neuen Reichstag zu wählen. Beim Reichstag hatte sich das ganze vorwärtsdrängende und unständische Wahlgeschehne, trotzdem rund 35 Millionen Wähler daran beteiligt sind, im großen und ganzen doch glatt und plausibel abgespielt. Alle gescheitert oder durch die Wahlbehörden vorbereiteten Fehler sind regelrecht eingetauscht worden. Und am 24. Juni, nachmittags 8 Uhr, ganz wie Herr Fehrenbach, als er noch Präsident der Nationalversammlung war, es vorgezeichnet, ob die neu gewählte deutsche Volksvertretung zu ihrer ersten Sitzung im Wallohaus am Königsplatz eröffnet werden.

Anders das neue Reichskabinett. So oft man schon es so und fertig in der Tasche zu haben glaubte, es stellte sich doch immer wieder Hindernisse ein, die neue Aufgabe mit neuen Verhandlungen nötig machten. So ist es gekommen, daß der Reichstag bei seiner Konstituierung zunächst zusammenfielen unter sich bleiben mußte. Aber immerhin, die Aussicht ist vorhanden, daß auch die Ministerkabinette bald wieder vollständig bestellt sein werden. Der Schred, der am Mittwoch durch die Reihen der Verbandspolitiker ging, als bekannt wurde, daß Deutsche Volkspartei und Wehrheitssozialdemokratie neue Schwierigkeiten machen, hat sich neugewählt. Von den Sozialdemokraten verlautet, es sollte gar nicht so böse gemeint gewesen sein.

Gewiß, ein Vertrauensvotum für ein Kabinett der Mitte von ihnen zu verlangen, das ginge zu weit. Aber was durch Unterlassungen seien werden können, um Herrn Fehren-

bach und den Seinen ein erhebliches Arbeiten zu erleichtern, das könnte ja immerhin geschehen. Und es werde wohl auch geschehen, wenn wir nicht unvorhergesehene Zwischenfälle eintragen. Über kleine taktische Meinungsverschiedenheiten dieser Art sollte man sich nicht groß aufregen. In den Mitteln könnte man ja auseinandergehen, wenn nur der Zweck, die Arbeitsfähigkeit des Kabinetts für die nächste Zeit wenigstens überzeugend, allen gemeinsam sei.

So liegt es heute ziemlich lästiglich von links her. Und auch die Demokraten, die gestern noch arg verschlafpiert waren über den Tod, der ihnen durch die Gefolgschaft der Herren Müller und Loebe angetan wurde, haben mittlerweile ihre Fassung wieder gewonnen. Es kommt hinzu, daß auch die Deutsche Volkspartei ihren Einspruch gegen die Ministerliste des Herrn Fehrenbach zurückgezogen hat. Damit ist der Verbotstakt, das es im letzten Augenblick auf einen stärkeren Einfluß rechtsstehender Elementen in dieser Regierung der Mitte absezen will, besiegt. An der Streitfrage aber, ob es zu vereinbarende Programmkündigung bei Regierung davon sprechen soll, daß der Wiederaufbau des Reiches in Angriff zu nehmen sei oder, tafträufig weitergeführt werden soll, wird man sich doch legen Endes schwerlich verzweiten wollen. So kommt es, wie die Dinge heute liegen, wohl nur noch darauf an, die letzte Welle zu legen an das Einigungswerk, das dem deutschen Volke geschuldet wird. Herr Fehrenbach hat sich in dieser Beziehung durch den nun ihm bereits zur Verfügung stehenden amtlichen Apparat ziemlich überwältigt gehäuft, und soweit man leben kann, wird ihm darin heute von seiner Seite widersprochen. In letzterer Hinsicht wird die Bildung des neuen Kabinetts, zum mindesten in den entscheidenden Minuten angekündigt, und wenn auch die Zahl der hervorragenden Männer unseres Wirtschaftslebens, die es ablehnen, sich Herrn Fehrenbach zur Verfügung zu stellen, leider von Tag zu Tag zunimmt, so ist die Hoffnung, geeignete Triomphatoren für sie zu finden, doch nicht geschrumpft. Herr Erzberger hat sich mit der Zentrumsfraktion des Reichstags ingöschen dahin geeinigt, während der Sommertagung den vorläufigen Verhandlungen "aus Gewissensdrücklichkeit" fern zu bleiben. Dadurch ist erreicht, daß die sehr unverhüllten Reibungen zwischen Zentrum und bairischer Volkspartei auf ein vorhalbinsichtiges und leichtliches Maß zurückgeführt werden können.

Wer oder kann wissen, ob nicht bald von anderer Seite

wiederum dafür gesorgt werden wird, daß unser Volk in neue schwere Konflikte hineinfällt? Um so dringlicher ist die Forderung, daß Regierung und Reichstag, wenn ihre Aktionsfähigkeit erst einmal gesichert ist, auch eindringlich zusammenarbeiten. Eine starke und kluge Führung ist es, die wir brauchen. Auf Herrn Fehrenbach sind deshalb in diesen entscheidenden Tagen mehr als jemals die Blicke des deutschen Volkes gerichtet.

#### Die neue Ministerliste.

Berlin, 25. Juni. (zu.) Die Kabinettssätze dürften, wenn nicht noch im Laufe des Tages Änderungen eintreten, sich wie folgt zusammensezten: Reichskanzler Fehrenbach, Justizminister Dr. Heinze, Auswärtiges Simons, Inneres Koch, Finanzen Wirth, Wirtschaftsminister Göhl, Arbeitsminister Braun (Dr.), Wehrminister Geßler, Schatzminister von Raumer, Verkehrsminister Groener, Postminister Giesberts. Der Wiederausbauamtminister ist vorläufig unbestimmt; er soll von der bayerischen Volkspartei gestellt werden. Da sich aus deren Kreisen wahrscheinlich kein Kandidat finden dürfte, soll der Posten an die Deutsche Volkspartei abgegeben werden. Mit dem Reichsjustizministerium ist bekanntlich die Bündnispartei verbunden. Der Adv. von Raumer hat sich schon bereit erklärt, das Reichsjustizministerium zu übernehmen. Mit Oberbürgermeister Scholz-Chariottensburg verhandelte gestern die Deutsche Volkspartei; in parlamentarischen Kreisen der Deutschen Volkspartei besteht die Hoffnung, daß Scholz annehmen wird.

#### Das Ergebnis von Boulogne.

Kriegsentschädigung und Heeresverminderung.

Die Schleier, die das Ergebnis der Entente konferenz in Boulogne verbüllten, beginnen sich langsam zu heben. Auf Paris wird ähnlich weiter über die Konferenz gemeldet:

Das deutliche Ergebnis der Konferenz in Boulogne ist die vollkommene Übereinstimmung der Alliierten in der Frage der Herabsetzung des deutschen Heeres auf 100 000 Mann. Die Stärke der Polizeitruppen darf nicht über die im Friedensvertrag vorgesehene Anzahl hinausgehen.

Die Konferenz billigte den Vorschlag der französischen und englischen Sachverständigen für die Ausarbeitung der finanziellen Klauseln des Vertrages. Die Alliierten werden